

Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation
Band: 28 (2001)
Heft: 4

Artikel: Sommer 2001 : umstrittene Aspekte der Gentechnologie
Autor: Crivelli, Pablo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-911034>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 27.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Umstrittene Aspekte der Gentechnologie

PABLO CRIVELLI

Die zu Ende gegangene Session war reich befrachtet: Von den neun behandelten Volksinitiativen wurde nur jene über den Uno-Beitritt zur Annahme empfohlen. Die Beratung des Nationalrats in dieser Sache steht noch an. Gentechnologie (Gen-Lex): Die Volksvertreter befürworten die Verwendung gentechnisch veränderter Organismen in der Landwirtschaft, jedoch mit strengen Auflagen. Überraschung zum Schluss: Die beiden Kammern haben die nach sechs Jahren Ausarbeitungszeit vorgelegte Revision des Zivilgesetzbuches über den Familiennamen von Eheleuten verworfen.

Lockere Stimmung im Nationalratssaal. Bundespräsident Moritz Leuenberger im Gespräch mit Brigitta Gadiant (SVP/GR) und Mariangela Wallimann, Generalsekretärin der Bundesversammlung.



Keystone

ANLÄSSLICH der Schlussabstimmung haben die beiden Parlamentskammern überraschend die Revision des Zivilgesetzbuches verworfen; das Projekt sah im Namen der geschlechtlichen Gleichstellung vor, zukünftigen Eheleuten die Beibehaltung des eigenen Familiennamens erlaubt, ohne jenen des Ehegatten bzw. der Ehegattin mit

zu übernehmen. Problematisch hätte sich diese Lösung auf die Kinder dieser Eheleute ausgewirkt: Welcher Familienname hätte bei Uneinigkeit zwischen den Ehepartnern übernommen werden sollen? In einem solchen Fall hätte ein Richter anstelle des Ehepaares entscheiden müssen. Viele bürgerliche Parlamentarier – aus den Reihen der SVP, CVP, LPS und der Westschweizer FDP – konnten sich mit dieser Lösung nicht anfreunden, und so wurde im letzten Moment eine Reform verworfen, die von vielen als Gefahr für die Einheit der Familie angesehen wurde.

Annäherung an die Uno

Einen seltenen Antrag stellte der Bundesrat an das Parlament: die Annahme einer Volksinitiative, genauer des Beitritts der Schweiz zur Uno. Der Ständerat folgt dieser Empfehlung denn auch mit grossem Mehr, und auch der Nationalrat dürfte es ihm gleich-tun. Befürchtungen und Zweifel in Bezug auf die Neutralität trat Aussenminister Joseph Deiss entschlossen entgegen: Wenn die Initiative angenommen werde, würde die Neutralität nicht tangiert – die Schweiz würde sich nicht an militärischen Aktionen beteiligen. Daneben wurden vier vom Stän-

derat geprüfte Volksinitiativen definitiv abgelehnt: jene der Grünen, «Für eine gesicherte AHV – Energie statt Arbeit besteuern!», sowie «Für eine freie Arzt- und Spitalwahl» und die beiden Gewerkschaftsbund-Initiativen für die 36-Stunden-Woche und für eine Kapitalgewinnsteuer. Abgelehnt wurde im Weiteren der Vorschlag der SVP über die

Verwendung der Goldreserven der Nationalbank; diesem stellte der Ständerat einen Gegenvorschlag entgegen: Der Ertrag aus dem Verkauf von 1300 Tonnen überschüssiger Nationalbank-Goldreserven soll zwischen der AHV, den Kantonen und der Schweizer Solidaritätsstiftung aufgeteilt werden. Auf massive Ablehnung stiess im Ständerat die Antiabtreibungsinitiative «Für Mutter und Kind», die als «fundamentalistisch» eingestuft wurde. Und schliesslich verwarf der Nationalrat auch zwei bereits im März vom Ständerat abgelehnte Volksinitiativen der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee: «Für eine glaubwürdige Sicherheitspolitik und eine Schweiz ohne Armee» und «Für einen freiwilligen Zivilen Friedensdienst».

Gen-Lex: ein heikles Thema

Im Bereich der nichthumanen Gentechnologie stimmte der Ständerat einem zehnjährigen Moratorium für Tierversuche zu. Aufgrund der immer noch in den Kinderschuhen steckenden Forschung in diesem Sektor votierte der Ständerat für einen vorsichtigen Kurs: In den kommenden Jahren dürfte die Markteinführung eines transgenen Tiers eher unwahrscheinlich sein. Anders präsentiert sich dagegen die Situation bei der Kommerzialisierung gentechnisch veränderter Pflanzen: Die Ratsmehrheit erachtet die strengen Normen in diesem Bereich als ausreichend. Eine Minderheit hatte sich für ein Freisetzungsverbot bis ins Jahr 2008 eingesetzt. Diverse Aspekte dieser Technologie bleiben jedoch umstritten: Welche negativen Auswirkung auf Menschen, Pflanzen und Tiere könnte die Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen haben? In einem so begrenzten Territorium wie der Schweiz – so die Argumentation der Freisetzungsgegner – sei es unmöglich, traditionelle Kulturen und transgene Kulturen sicher zu trennen. Die Vorlage wird nun an den Nationalrat überwiesen. Letzterer hat eine Verschärfung des Arbeitslosengesetzes sowie die Verlängerung der Verjährungsfrist für den sexuellen Missbrauch von Minderjährigen beschlossen. Und zur Erhöhung der Verkehrssicherheit wurde eine dreijährige Probezeit für junge Fahrzeuglenker vorgeschlagen. 